

218 11 217 5

Ausschnitt

aus Rundschau Nr. 49/1935 vom 24.9.35. Diskussionsrede über den Tätigkeitsbericht des EKKI vor dem VII. Weltkongress der KJ. über die Verhältnisse in *Schweiz*.

Fünfter Verhandlungstag. Neunte Sitzung

Moskau, 30. Juli

Der Vorsitzende der Nachmittagsitzung vom 30. Juli ist Genosse Marty. Er erteilt das Wort

Genosse Bodenmann (Schweiz):

111
Nach dem VI. Kongress der Komintern hat die damalige opportunistische Leitung der Partei die KP der Schweiz in offenen Gegensatz zur Politik der Kommunistischen Internationale gebracht. Die Grundlage dieser Politik bildete die Theorie der sogenannten historischen Besonderheiten der Schweiz. Diese Theorie ist durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Schweiz restlos zerschlagen worden. Ihre Träger wurden aus der Partei entfernt. Wieser ist jetzt Spezialist zur Bekämpfung der Arbeiterbewegung bei der bürgerlichen Presse. Der Renegat Bringolf wurde Polizeipräsident und hat vor wenigen Tagen die von ihm von der Kommunistischen Partei abgespaltene Gruppe in die Sozialdemokratie geführt. Die Ueberwindung der falschen politischen Linie bereitet der Partei große Schwierigkeiten, und es gab nach dem V. Parteitag 1930 sowohl Rückfälle ins Sektierertum, wie in den Opportunismus. Mit aktiver und kameradschaftlicher Hilfe der Exekutive der Kommunistischen Internationale gelang es, diese Schwierigkeiten zu überwinden und eine feste proletarische Führung der Partei herauszubilden.

Unsere Partei verzeichnet in den Jahren seit dem VI. Kongress eine Reihe bedeutsamer Erfolge und sie ist zu einem Faktoring ist zum Teil bedingt durch die Investierung gewaltiger Summen von Schweizer Kapital, das zur Kriegserüstung in Hitler-Deutschland verwendet wurde. Hohe Offiziere bis hinein in den Generalstab unterhalten enge Beziehungen mit den Führern des Dritten Reiches.

Einen bedeutenden Erfolg verzeichnet die Partei im Kampfe gegen die Kriegserüstungen. Bei dem Widerstand gegen ein von der Bourgeoisie beschlossenes neues Militärgesetz ist es der Partei gelungen, sehr breite Massen der sozialdemokratischen Arbeiter und auch der übrigen werktätigen Schichten für ihre Ablehnungspareole zu gewinnen. Am gleichen Paritätstag, wo die Sozialdemokratie ihr Bekenntnis zur bürgerlichen Landesverteidigung beschlossen hatte, mußte sie unter dem Drucke der Massenstimmung, entgegen dem eben gefaßten Beschluß, die Ablehnung dieses Gesetzes beschließen. Obwohl die Bourgeoisie die Abstimmung über dieses Gesetz zu einer gewaltigen Verleumdungskampagne gegen die Kommunistische Partei entfaltet, haben 46 Prozent aller Abstimmenden sich gegen das Gesetz ausgesprochen. Dabei waren die Resultate der ländlichen, kleinbäuerlichen Gebiete besonders günstig.

Einige Erfolge verzeichnet die Partei auch auf dem Gebiete der Einheitsfront. Zum erstenmal gelang es, für die Rettung von Dimitrow und Genossen in Zürich eine Vereinbarung zwischen der Kommunistischen und Sozialdemokratischen Partei für die Durchführung einer gemeinsamen Aktion abzuschließen. Der Widerhall zeigte sich in bisher nie dagewesenen Massenkundgebungen. In Basel gelang es durch eine kühne Politik der Einheitsfront, die bürgerliche Regierungsmehrheit zu stürzen. In der Folge konnte ein Abkommen zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei über die Durchführung einer einheitlichen Maidemonstration abgeschlossen werden. In einer Reihe weiterer Orte wurden unter dem Einfluß der Vorgänge in Basel einheitliche Maidemonstrationen durchgeführt. Jetzt stehen wir hinsichtlich der Einheitsfront vor folgender Situation: In Basel bestehen bestimmte Vereinbarungen zwischen den beiden Parteileitungen, in Genf haben Verhandlungen zwischen den beiden Parteileitungen stattgefunden, die allerdings noch nicht abgeschlossen sind. In Zürich hat die Sozialdemokratische Partei grundsätzlich die Bereitschaft für den Abschluß eines Einheitsfrontpaktes erklärt. Zum erstenmal und im schärfsten Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung, hat auch die schweizerische Parteileitung der Sozialdemokratie den neuesten Einheitsfrontvorschlag unserer Partei nicht mehr abgelehnt. Diese Stellungnahme ist ein Fortschritt im Vergleich zur bisherigen Haltung und gestattet uns, zu konstatieren, daß der Bahn gegen die Herstellung der Einheitsfront teilweise gebrochen ist.

Die Hauptschwächen und Mängel der Partei bestehen darin

tor im politischen Leben des Landes geworden. Es gelang, einige Streiks gegen Lohnkürzung durchzuführen, die sich zu bedeutenden Kämpfen entwickelten. Eine Anzahl großer Aufmärsche gegen die Faschisten, an denen sich tausende sozialdemokratische Arbeiter entgegen der Parole ihrer Führer beteiligten, zeugen von der antifaschistischen Kampfstimmung in den Massen. Ein Zuchthausgesetz, das zum Zwecke haben sollte, die revolutionäre Arbeiterschaft zu unterdrücken und die Kommunistische Partei zu verbieten, konnte auf Grund der Initiative der Kommunistischen Partei abgewehrt werden.

Die Schweizer Regierung stellt sich der Friedenspolitik der Sowjetunion entgegen. Ihr Vertreter machte sich im Völkerbund durch seine Rede gegen die Aufnahme der Sowjetunion zum Anwalt des Hitler-Faschismus. Die Stimmung in den Massen für die Sowjetunion hat jedoch derart umgeschlagen, daß die bisherige Haltung der Schweizer Regierung, die die Aufnahme der Beziehungen mit der Sowjetunion ablehnte, unhaltbar geworden ist.

Der Hitler-Faschismus hat in den Kreisen der Schweizer Bourgeoisie einen starken Einfluß. Die hitlerfreundliche Orien-

tingen zu überwinden. Dies äußert sich in einer noch nicht beherrschten Massenarbeit und in der Vernachlässigung der Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften. Zwar hat die Partei hier einige Erfolge, die jedoch lange nicht den objektiven Möglichkeiten entsprechen. Die Sprache der Presse und unserer Agitation ist zu abstrakt, zu thesenmäßig und für die Massen zu wenig verständlich. Trotz der günstigen Stimmung bei der verschuldeten Bauernschaft ist die Partei hier über die Verbreitung von einigen Flugschriften und Broschüren nicht hinausgekommen. Ein starkes Mißverhältnis besteht auch zwischen dem organisatorischen Stand der Partei und ihrem Einfluß in den Massen.

Die KP Schweiz steht vor großen Aufgaben. Die Wirtschaftskrise hat ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Die Arbeitslosenziffern steigen, eine breite Offensive gegen die Löhne und Sozialleistungen ist eingeleitet. Diese Angriffe auf die Lebensbedingungen sind begleitet von einer sich fortentwickelnden Faschisierung.

Diese Lage hat einen großen Umschwung bei der Arbeiterschaft in der Richtung der Stellungnahme der Kampfkampfschlossenheit zur Folge. Die Ereignisse in Deutschland und Österreich haben speziell auf die Stellungnahme der sozialdemokratischen Arbeiter einen großen Einfluß ausgeübt. Das grandiose französische Beispiel findet in den Massen einen starken Widerhall. Diese Tatsachen, verbunden mit dem wachsenden Einfluß der Partei, werden die KPS in die Lage versetzen, eine breite Front des Widerstandes gegen die Kapitaloffensive, gegen Faschismus und Krieg zu entfalten. Die Politik der herrschenden Klasse gerät mit jedem Tag mehr in Gegensatz zu der großen Masse des Volkes. Ihre Gesetze werden in der Volksabstimmung fast alle abgelehnt. Die Regierung setzt sich jedoch über die Volksentscheide hinweg und verfügt auf dem Wege von Notverordnungen, die Verteuerung der Lebenshaltung, neue Steuern, Lohnabbau und andere Maßnahmen, die in der Linie der Faschisierung liegen. Die Verfassung, die dem werktätigen Volke bestimmte bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten zusichert, ist zu einem Hemmnis bei der Durchführung der Politik der Kapitalisten geworden. Deshalb wird jetzt versucht, die Verfassung in der Richtung der Faschisierung zu ändern, die Volksrechte auszuschalten. Die wichtigsten Maßnahmen der Regierung setzt diese unter Ausschaltung der in der Verfassung vorhandenen Bestimmungen einfach in Kraft. Die reaktionären Maßnahmen treffen die breitesten Massen des Volkes, Arbeiter, Angestellte, Schuldbauern und den verarmten Mittelstand. So liegt denn hier im Kampfe um die Verteidigung der bürgerlich-demokratischen Rechte der Ausgangspunkt für die Herstellung der Einheitsfront und die Entfaltung einer breiten Front des

das es bis jetzt noch nicht gelungen ist, das Sektierertum rest-

widerstandes gegen die Weiterentwicklung des Faschismus, ge-
gen Sozialreaktion und Krieg. (Beifall)